

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).



Vitako-Branchenticker Nr. 26

Berlin, den 19. Juli 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

besonders für die öffentliche Verwaltung ist es wichtig, jederzeit die vollständige Kontrolle über die Daten von Bürgerinnen und Bürgern zu wahren. Diese Datensouveränität hängt unter anderem daran, wie die von Behörden eingesetzte Software programmiert ist. Ein offener Quellcode schafft nicht nur Transparenz, sondern auch mehr Möglichkeiten, die Programme zu steuern und von unabhängigen Dritten auf Schwachstellen bzw. Fehler untersuchen und zudem weiterentwickeln zu lassen. Das bedeutet mehr Unabhängigkeit.

Bei der Vergabe von Aufträgen zur Bereitstellung von Software allerdings ist die Verwaltung oft noch auf proprietäre Anwendungen großer Hersteller ausgerichtet. Dies hängt auch mit leider gängigen Missverständnissen über Open Source Software (OSS) zusammen, etwa in puncto Sicherheit, Leistungsfähigkeit und der grundsätzlichen Annahme, man könne OSS gar nicht ausschreiben. Ein Irrtum!

Tatsächlich steht bundes- und europaweit nämlich eine Vielzahl mittelständischer Unternehmen bereit, die verschiedenste Dienstleistungen rund um OSS anbieten. Bei größeren Projekten erhält man in diesem Umfeld zwar selten alle Leistungen aus einer Hand. Es gibt jedoch die Gelegenheit hier im Rahmen von Ausschreibungen die Kooperation verschiedener Hersteller zu fördern – das liegt nicht nur ganz im Sinne des Open-Source-Gedankens, sondern auch einer souveränen öffentlichen Verwaltung. Unsere neue [VITAKO-Handreichung](#) informiert darüber.

**Blieben Sie gesund,
Ihr Vitako-Team**

VITAKO-Handreichung: Ausschreibungen von Open Source Software



VITAKO hat eine kurze Handreichung zur Ausschreibung von Open Source Software (OSS) zusammengestellt, die einen Überblick darüber geben soll, welche Aspekte zu beachten sind, damit das Potential von OSS in der Verwaltung tatsächlich zum Tragen kommt.

Die vermehrte Nutzung von OSS stellt für die öffentliche Verwaltung ein wichtiges Mittel dar, um unabhängiger von einzelnen Software-Herstellern zu werden und die eigene digitale Souveränität zu stärken. OSS kann unabhängig überprüft und individuell an spezifische Anforderungen angepasst werden. (Bild: Profit_Image/shutterstock.com)

Mehr...

krz/OWL-IT: neuer Leiter des Druck- und Kuvertierzentrums



Zum 1. Juli 2021 hat Jan Tümce die Leitung des Geschäftsbereichs Produktion der OWL-IT und damit des Druck- und Kuvertierzentrums in Lemgo übernommen. Er wechselte damit aus seiner bisherigen Stellung als Outputmanager in diesem Geschäftsbereich und übernimmt die Position von Dirk Niemeyer, der in den Ruhestand geht. Tümce leitet damit den größten Druckbereich eines kommunalen IT-Dienstleisters in NRW mit 500 Kunden aus der gesamten Republik, für die jährlich über 30 Millionen Seiten gedruckt und knapp acht Millionen Briefsendungen kuvertiert werden.

Mehr...



ekom21: selbstbestimmter Einsatz digitaler Identitäten mit ONCE

In Zukunft genügen wenige Klicks auf dem Smartphone, um die eigene Identität sicher zu bestätigen, und der Gang ins Rathaus entfällt: Das ist die Vision des Innovationsprojekts „ONCE – Online einfach anmelden!“. Die ekom21 ist an der nun beginnenden Umsetzungsphase des Projekts beteiligt und leitet dort das Teilprojekt zur Anwendungswelt Kommune und Verwaltung.

Darunter fällt die Entwicklung neuer ID-Konzepte für

digitale Dienstleistungen der Kommunalverwaltungen sowie u. a. die Unterstützung bei der mobilen Fahrerlaubnis oder dem digitalen Hotel-Meldeschein. Ein konkreter Anwendungsfall werde am Beispiel eines Umzugs einer Person in die hessische Kommune Willingen demonstriert, mitsamt allen bei einem Umzug anfallenden Änderungen von digitalen Identitäten.

Die verschiedenen Identitäts-Lösungen in Kombination mit unterschiedlichen Dienstleistungen sollen voraussichtlich ab Anfang 2022 in den ONCE-Partnerstädten und -Regionen eingeführt und dort im Alltag erprobt werden.

Mehr...

Smart City: regio iT und Zenner vertiefen Partnerschaft



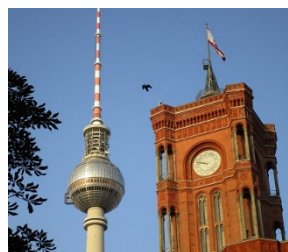
„Zahlreiche gemeinsame Projekte und Produktlösungen haben uns von der Tragfähigkeit unserer Zusammenarbeit überzeugt“, berichtet Dieter Ludwigs, Geschäftsführer der regio iT. Die Fakten sprechen für sich: Alle in 2018 gesteckten Ziele der Partner seien vollumfänglich erfüllt worden. „Neben zahlreichen Smart-City-Projekten gab es Produktentwicklungen, in denen Sensoren getestet,

Anwendungsfälle ausgearbeitet und Best-Practice-Projekte etabliert wurden“, erläutert René Claussen, Leiter Geschäftsbereich IoT & Digitale Lösungen bei ZENNER.

Neben der Entwicklung individueller Smart-City-Anwendungen, wie z. B. automatisierte Glatteis-Warner für kommunale Winterdienste, wurden erste größere Projekte gemeinsam realisiert. In den Städten Aachen und Delbrück sei ein flächendeckendes LoRaWAN-Netz entstanden. Parallel wurden diverse Anwendungen im Feld ausgerollt. Beteiligte Partner neben ZENNER und regio iT waren die STAWAG als Errichter des LoRaWAN-Netzes in Aachen und die Stadt Delbrück. (Bild: Marish/shutterstock.com)

Mehr...

Senat beschließt Strategischen Rahmen für neue Smart City-Strategie



Der Berliner Senat hat einen Strategischen Rahmen beschlossen. Es soll als Grundlage für die neue Smart City-Strategie der Hauptstadt dienen.

Die Erarbeitung der neuen Smart City-Strategie erfolgt gemeinsam mit der Berliner Stadtgesellschaft. Dafür sei bereits für den Strategischen Rahmen ein umfangreicher Beteiligungsprozess durchgeführt worden, in dem die fünf

maßgeblichen Gruppen von Akteurinnen und Akteuren der Stadt über

Onlinebeteiligung, Workshops und Tiefeninterviews eingebunden wurden, heißt es.

Mit dem Beschluss habe der Senat gleichzeitig Anmerkungen und Ergänzungen übermittelt – verbunden mit der Empfehlung, diese in der weiteren Erarbeitung der neuen Smart City-Strategie Berlins zu berücksichtigen.

Mehr...

KDN: Verwaltungssuchmaschine.NRW



Im Zuge der OZG-Umsetzung entstehen immer mehr Online-Dienste, die den Bürgerinnen und Bürgern schon jetzt zur Verfügung stehen. Doch wie wird garantiert, dass diese Dienste auch im Internet auffindbar sind? Mit der Verwaltungssuchmaschine.NRW (VSM) können laut KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister Online-Dienste in den Internetangeboten der öffentlichen

Verwaltung gefunden werden – auf allen Ebenen des Portalverbundes, von Kommunen über die Länder bis zum Bund. Die VSM kann demnach einfach in Verwaltungsportale integriert werden, wie zum Beispiel ins Serviceportal.NRW. Mithilfe der Suchfunktion würden Bürgerinnen und Bürgern die Online-Dienste sowie die zuständigen Stellen übersichtlich angezeigt. Das soll einen einfachen und schnellen Zugang zu Verwaltungsangeboten ermöglichen. (Bild: ranjith ravindran/shutterstock.com)

Mehr...

Stadt Augsburg gründet Digitalrat



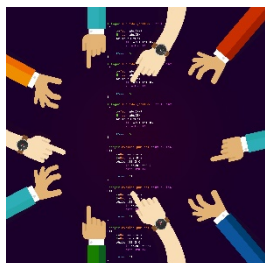
Die Stadt Augsburg hat auf Initiative von Oberbürgermeisterin Eva Weber einen Digitalrat ins Leben gerufen. Als inhaltlicher Treiber dient das Gremium der Begleitung bei der vielschichtigen Transformation der Verwaltung ins digitale Zeitalter.

„Wir erwarten uns von diesem Gremium eine hochkompetente fachliche Beratung und Einblicke in die verschiedenen Fachgebiete, die die Mitglieder des Rates durch ihre beruflichen und ehrenamtlichen Hintergründe mitbringen“, sagte Wirtschaftsreferent Dr. Wolfgang Hübschle, der die Federführung hat. Die aus unterschiedlichen, hochrangigen Unternehmen, Forschungsinstitutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Stadt stammenden Mitglieder des Digitalrats wurden für drei Jahre bestellt. Gemeinsam mit der Geschäftsstelle Smart City der Stadt Augsburg, die zum

Wirtschaftsreferat gehört, nimmt der Digitalrat noch im Juli seine Arbeit auf.

Mehr...

Beteiligungsverfahren jetzt auch im Open.NRW-Portal einsehbar



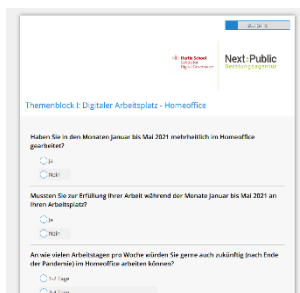
Das Portal Beteiligung.NRW bietet Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich aktiv und digital in die Gestaltung von Politik und Verwaltung einzubringen – ob vor Ort in ihrer Kommune oder bei Vorhaben der Landesregierung.

In einer ersten Phase pilotieren die Kolpingstadt Kerpen, die Gemeinde Merzenich und die Landesregierung NRW: Hier können sich Bürgerinnen und Bürger schon jetzt aktiv und

digital einbringen. Ab heute sind die verfügbaren Beteiligungsverfahren auch auf dem [Open NRW-Portal](#) einsehbar. Zu den Angeboten zählen beispielsweise Dialogverfahren zu gesellschaftspolitisch relevanten Fragestellungen oder auch formelle Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesentwürfen, Verordnungen, Planungsvorhaben, Satzungen und sonstigen Regelungen. (Bild: Bakhtiar Zein/shutterstock.com)

Mehr...

Umfrage "Verwaltung in Krisenzeiten"



Wie hat sich die Arbeitsweise der Verwaltung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene seit der Corona-Pandemie verändert? Zum zweiten Mal starten die Berliner Beratungsagentur Next:Public und die Hertie School of Governance, gefördert von der AKDB, eine bundesweite Umfrage, die sich an Beamte und Verwaltungsangestellte richtet.

Ob Homeoffice, Nutzung von Cloud-Diensten oder Videokonferenzsysteme: Immer mehr Verwaltungen stehen seit Corona vor der Frage, welche Technologien sie zukunftsfest machen und gegen die Krisen von morgen wappnen. Sind es Homeoffice, Videokonferenzen, Cloud-Dienste oder neue Arbeitsstrukturen? Und vor allem: Was wünschen Sie sich als Beamte und Verwaltungsangestellte? Gerade in Hinblick auf die Zeit nach der Bundestagswahl 2021 sind dies wichtige und richtungsweisende Fragen. Es ist Zeit für einen Kulturwandel, das ergab eine erste Umfrage vor einem Jahr.

Die Ergebnisse der nun laufenden Studie sollen in einer umfassenden Publikation Ende dieses Jahres veröffentlicht werden.

Mehr...

Thüringen: CIO will einheitliche Standards im Land



In seiner Prüfung des IT-Supports kritisiert der Thüringische Rechnungshof (TRH) die Zersplitterung und geringe Effektivität der Organisation in den Thüringer Landesbehörden.

Landes-CIO Dr. Hartmut Schubert erklärte dazu: „Das Thüringer Finanzministerium verfolgt schon seit Jahren die

Strategie, zentrale Dienste und Infrastrukturen für die Landesverwaltung aufzubauen und zu komplettieren, zum Beispiel beim Projekt E-Akte Thüringen oder dem einheitlichen E-Mail-System, oder der landeseigenen Videokonferenzplattform. Wir machen aber leider die Erfahrung, dass der Wille zur Zusammenarbeit und zur Nutzung standardisierter Dienste in den verschiedenen Ministerien noch deutlich verstärkt werden muss. Den Dienststellen fällt es schwer, individuelle Lösungen aufzugeben und Änderungen zu akzeptieren, die einen einheitlichen Standard ermöglichen.“

Der CIO teile die Ansicht des Rechnungshofs, dass die Ausrichtung des IT Supports an bewährten Standards mittel- bis langfristig die erforderliche Qualität und Quantität in der Thüringer Landesverwaltung sicherstellen kann. Insbesondere die Corona-Krise habe deutlich gemacht, wie abhängig die Landesverwaltung von einer stabilen IT-Landschaft ist. „Eine effektive und effiziente Verwaltung erreichen wir künftig nur durch eine leistungsfähige und sichere IT-Landschaft.“ (Bild: Wright Studio/shutterstock.com)

Mehr...

dbb fordert mehr Geld und Personal für die FITKO



Mit Unverständnis hat der Chef des Deutschen Beamtenbundes (dbb), Ulrich Silberbach, auf die jüngsten Beschlüsse des IT-Planungsrates (IT-PLR) reagiert: „Die Diskussion über Geld und Personal für die FITKO ist unerträglich.“ Silberbach erklärte mit Blick auf die jetzt

veröffentlichten Beschlüsse des IT-PLR vom 23. Juni 2021, dass die Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland in weite Ferne rücke, „wenn sich die Landeshäushälter nicht endlich auf eine aufgabengerechte Finanzierung der FITKO einigen können“.

Der IT-Planungsrat hatte sich in seiner jüngsten Sitzung mit dem aktuellen Wirtschaftsplan der FITKO befasst. Nach jetzigem Stand sollen die Beratungen des Budgets der FITKO durch die Haushaltskommission erst im Herbst und damit viel zu spät erfolgen. So seien der FITKO, die als Anstalt des öffentlichen Rechts von Bund und Ländern die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung im Auftrag des IT-Planungsrates koordinieren und vorantreiben soll, in Sachen Ausstattung und Personal laut dbb weiterhin mehr oder weniger die Hände gebunden.

Mehr...

Bundestag: Digitaler Impfnachweis thematisiert



Um den digitalen Impfnachweis geht es in der Antwort der Bundesregierung (Drucksache 19/31212) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (19/30644). Wie die Bundesregierung darin ausführt, ist dieser Impfnachweis eine zusätzliche Möglichkeit, um Corona-Impfungen zu dokumentieren. Geimpfte könnten damit Informationen wie Impfzeitpunkt und Impfstoff auf ihren Smartphones – entweder in der CovPassApp oder in der Corona-Warn-App –

digital speichern.

Der digitale Covid-19-Impfnachweis wird den Angaben zufolge im Einklang mit dem digitalen Covid-Zertifikat der Europäischen Union in Deutschland seit dem 14. Juni 2021 in Impfzentren, Arztpraxen und Apotheken ausgestellt. Deutschland gehöre damit zu den ersten EU-Staaten, die die digitalen Covid-Zertifikate umsetzen. Weiter schreibt die Bundesregierung, dass die "sehr schnelle Umsetzung der digitalen Nachweise wichtige Impulse und Erkenntnisse für die weitere Digitalisierung im Gesundheitswesen" liefere. Der digitale Impfpass werde zum 1. Januar 2022 als Teil der elektronischen Patientenakte innerhalb der Telematikinfrastruktur eingeführt und stelle ebenso wie die elektronische Patientenakte eine freiwillige Anwendung für die Versicherten dar.

Mehr...

EUCLIDIA: Europäische Cloud-Infrastruktur



Gemeinsam wollen die Mitglieder der Cloud-Industrie-Allianz EUCLIDIA europäische Infrastrukturen stärken, berichtet das Magazin heise online. Demnach sollen europäische Werte hochgehalten werden.

„Mit einer gemeinsamen Stimme sprechen wollen die 23 Gründungsunternehmen der European Cloud Industrial Alliance (EUCLIDIA)“, heißt es in dem Beitrag. Allesamt seien in

Europa ansässig und in unterschiedlichen Branchen im Cloud-Bereich tätig:

„Vertreten sind Hardwarehersteller, Softwareentwickler und Sicherheitsfirmen. Ihr gemeinsames Ziel: Die digitale Unabhängigkeit Europas fördern – und möglichst große Autonomie von US- und chinesischen Anbietern sicherstellen.“

Mehr...

BNetzA: WLAN-Nutzungen nun auch im 6 GHz-Bereich



Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat vergangene Woche eine Allgemeinzeilung für WLAN-Nutzungen im 6 GHz-Bereich veröffentlicht.

„Wir verdoppeln das verfügbare Spektrum für WLAN nahezu. Hiermit wird die weitere Digitalisierung vorangetrieben und weitere Innovationen werden

ermöglicht“, sagte Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur.

Das zusätzliche Spektrum von 480 MHz ermögliche mehr Kapazität für WLAN-Anwendungen für Verbraucher und Wirtschaft, insbesondere in dicht besiedelten Gebieten. Dort seien die bestehenden WLAN-Frequenzbereiche mitunter stark ausgelastet. Darüber hinaus soll auch die Nutzung innovativer Technologien wie Wi-Fi 6E mit breiteren Kanälen ermöglicht werden.

Mehr...

[Vitako ITKalender](#)

21.07.2021, [StartUps für den öffentlichen Dienst: Vergaberecht vs. Innovation – Ein Dilemma der öffentlichen Hand \(digital\)](#)

31.08.2021, [Zukunftskongress-Spezial - Deutschland vor der Wahl \(hybrid\)](#)

13.-17.09.2021, [Creative Bureaucracy Festival \(digital\)](#)

23.09.2021, [NORDL@NDERDIGITAL \(digital\)](#)

Vitako ITKalender

Vitako Stellenmarkt

VITAKO - Bundes-Arbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister e.V.

Geschäftsführer: Dr. Ralf Resch

Charlottenstr. 65

10117 Berlin

Deutschland

030/2063 156 - 0

redaktion@vitako.de

<http://www.vitako.de>

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, Registernummer: 25326Nz

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE248301028

Informationen zu Vitako – Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V.

Die in dieser E-Mail enthaltenen Informationen dienen der privaten Information der Nutzer dieser Internet-Seite. Eine Weiterleitung dieser E-Mail an die Kunden, Gesellschafter und Mitglieder der Vitako-Mitgliedsunternehmen und -organisationen ist erwünscht. Sie sind kein Angebot von Vitako – Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. zum Abschluss eines entgeltlichen oder unentgeltlichen Auskunftsvertrages. Durch das Aufsuchen dieser Internet-Seite und/oder den Abruf von auf dieser Internet-Seite enthaltenen Informationen kommt daher kein Auskunftsvertrag zwischen Vitako – Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. und dem Nutzer zustande.

Die in dieser E-Mail enthaltenen Informationen geben lediglich den Kenntnisstand von Vitako – Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. – zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der E-Mail wieder. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die in diesem Newsletter gegebenen Informationen aufgrund der unregelmäßigen Erscheinungsperiode nicht mehr aktuell sein können. Die in dieser E-Mail enthaltenen Informationen sind keine wie auch immer gearteten Zusicherungen von Vitako – Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V.

Vitako – Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. übernimmt für die in diesem Newsletter enthaltenen Informationen keine Gewährleistung und keine Haftung für Schäden, die aus der Nutzung dieser Informationen entstehen..